



GESCHÄFTSBERICHT 2025

KENNZAHLEN AUF EINEN BLICK

	2025 Mio. €	2024 Mio. €
Jahresabschluss		
Bilanzsumme	2.938,6	2.895,2
Kapitalanlagen	2.918,7	2.875,3
Kapitalerträge	103,7	98,5
Deckungsrückstellung	2.803,8	2.741,8
Beitrageinnahmen (inkl. Zuwendung der Mitgliedsfirmen)	62,3	69,3
Renten, sonstige Versicherungsleistungen	83,9	79,6
Mitglieder		
Anwärter Grundversorgung (inkl. Beitragsfreie), Tarif 1972	7.252	7.771
Anwärter Grundversorgung (inkl. Beitragsfreie), Tarif 2005	4.762	4.810
Anwärter Grundversorgung (inkl. Beitragsfreie), Tarif 2013	4.007	4.014
Anwärter Grundversorgung (inkl. Beitragsfreie), Tarif 2022	374	367
Leistungsempfänger Grundversorgung, Tarif 1972	9.937	9.675
Leistungsempfänger Grundversorgung, Tarif 2005	280	231
Leistungsempfänger Grundversorgung, Tarif 2013	49	44
Leistungsempfänger Grundversorgung, Tarif 2022	0	0
Anwärter PK+ (inkl. Beitragsfreie), Tarif 1972	2.363	2.556
Anwärter PK+ (inkl. Beitragsfreie), Tarif 2005	9.680	10.155
Anwärter PK+ (inkl. Beitragsfreie), Tarif 2013	5.205	5.310
Anwärter PK+ (inkl. Beitragsfreie), Tarif 2022	1.320	1.284
PK+-Leistungsempfänger, Tarif 1972	2.627	2.447
PK+-Leistungsempfänger, Tarif 2005	4.747	4.288
PK+-Leistungsempfänger, Tarif 2013	507	394
PK+-Leistungsempfänger, Tarif 2022	37	10
Anwärter Riester-Rente, Tarif 1972	2.098	2.273
Anwärter Riester-Rente, Tarif 2005	4.994	5.262
Anwärter Riester-Rente, Tarif 2013	6.264	6.543
Anwärter Riester-Rente, Tarif 2022	5.793	5.988
Leistungsempfänger aus Riester-Rente, Tarif 1972	2.340	2.178
Leistungsempfänger aus Riester-Rente, Tarif 2005	3.259	3.000
Leistungsempfänger aus Riester-Rente, Tarif 2013	2.602	2.317
Leistungsempfänger aus Riester-Rente, Tarif 2022	897	618



INHALT

KENNZAHLEN AUF EINEN BLICK	2
VORWORT DES VORSTANDS	4
MITGLIEDERVERSAMMLUNG	6
LAGEBERICHT	7
BEWEGUNG DES BESTANDES AN PENSIONSVERSICHERUNGEN	13
JAHRESABSCHLUSS	
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2025	22
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	24
ANHANG	
BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN.....	26
ERLÄUTERUNGEN	29
ORGANE DER KASSE	36
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	39
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	42

VORWORT

DES VORSTANDS

Liebe Mitglieder,

im Geschäftsjahr 2025 konnten wir im dritten Jahr in Folge stille Reserven aufbauen. Eine solche Kontinuität ist in einem von Volatilität geprägten Kapitalmarktumfeld keine Selbstverständlichkeit. Bemerkenswert ist dieses Ergebnis vor allem auch vor dem Hintergrund der ausgeprägten Verwerfungen an den Kapitalmärkten infolge geopolitischer Konflikte und zollpolitischer Maßnahmen. Das Marktwertvermögen unserer Anlagen steigerten wir auf rund 3,3 Mrd. Euro. Die Marktwertrendite betrug 2,9 % und lag damit über dem versicherungstechnischen Erfordernis.

Wir profitierten dabei von unserer dynamischen Risikosteuerung in volatilen Marktphasen sowie von der guten Diversifikation unseres Portfolios im Rahmen der strategischen Asset Allokation. Diese überprüfen wir regelmäßig und entwickeln wir stetig weiter, um unser Portfolio kontinuierlich zu optimieren, Anpassungsschritte bewusst maßvoll vorzunehmen und nahe an den Entwicklungen der Kapitalmärkte zu bleiben. Alle Assetklassen leisteten einen positiven Beitrag zum Gesamtergebnis – wenn auch in unterschiedlichem Umfang und entsprechend ihrer Gewichtung.

Das Kapitalmarktumfeld war im ersten Halbjahr 2025 durch intensive Zolldiskussionen geprägt, die Anfang April ihren Höhepunkt fanden. In diesem Zuge kam es insbesondere an den Aktienmärkten zu deutlichen Kursrückgängen. Mit zunehmender Deeskalation erholten sich die Märkte wieder und wurden im weiteren Jahresverlauf maßgeblich durch die KI-Euphorie und die damit verbundenen umfangreichen Investitionen in die KI-Infrastruktur getragen. Die Anleihemärkte entwickelten sich erwartungsgemäß ruhiger und lieferten über das Gesamtjahr hinweg einen positiven Beitrag zur Performance. Auch unsere Private Markets Investitionen erzielten eine positive Rendite, wenngleich diese niedriger ausfiel als in den Jahren zuvor.

Unser Bestand an direkt gehaltenen festverzinslichen Wertpapieren ist weiterhin ein stabilisierender Bestandteil des Portfolios und trägt inzwischen mit einer Rendite oberhalb des versicherungstechnischen Erfordernisses zum Gesamtergebnis bei. Die Immobilienanlagen liefern eine moderate laufende Mietrendite und tragen aufgrund ihrer bevorzugten Lagen und der verantwortungsvollen Bewirtschaftung zu unseren stillen Reserven bei.

Die Pensionskasse hat rund 16.400 Mitglieder und gewährt Pensionsleistungen aus der Grundversorgung an rund 10.300 Personen. Die durchschnittlich ausgezahlte Rente lag im Jahr 2025 bei 742 Euro pro Monat.

Gerade angesichts der aktuell unsicheren politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind für viele Unternehmen mit spürbaren Herausforderungen verbunden. In solchen Zeiten ist für unsere Versicherten die betriebliche Altersvorsorge ein zentraler Baustein finanzieller Sicherheit. Dabei rücken sowohl die bereits verdienten Ansprüche als auch die Möglichkeiten zusätzlicher persönlicher Vorsorge innerhalb der betrieblichen Altersvorsorge stärker in den Fokus. Wir unterstützen unsere Mitglieder dabei nicht nur durch attraktive Tarife, sondern auch durch eine kompetente und engagierte Beratung. Im Jahr 2025 informierte unser Beratungsteam an allen WACKER-Standorten umfassend rund um das Thema Altersvorsorge und entwickelte zusätzliche Formate. Allein mit den Webinaren zum Gender Pension Gap und zu den Ausgleichsmöglichkeiten innerhalb der WACKER Altersvorsorge erreichten wir nahezu 600 Kolleginnen und Kollegen.

Darüber hinaus arbeiten wir kontinuierlich an der Optimierung unserer Prozesse. Die Umstellung auf ein Online Buchungstool für Beratungstermine war hierbei ein wichtiger Schritt zur weiteren Effizienzsteigerung. Zudem treibt unser Leistungsteam die systematische Analyse und Digitalisierung von Prozessen sowie den gezielten Einsatz von KI zur Unterstützung der operativen Abläufe konsequent voran.

Unser besonderer Dank gilt unseren Mitarbeitenden für ihre hohe fachliche Kompetenz, ihr großes Engagement und ihren Einsatz im Jahr 2025. Ebenso danken wir der Wacker Chemie AG als Trägerunternehmen sowie allen Unternehmensmitgliedern für die kontinuierliche Unterstützung und das Vertrauen in unsere Pensionskasse.

München, im März 2026
Der Vorstand

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Mitgliederversammlung

Am 27. Juni 2025 hat die Mitgliederversammlung einstimmig und ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen den Jahresabschluss 2024 beschlossen und dem Kassenvorstand sowie dem Aufsichtsrat die Entlastung erteilt.

Die vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgestellten Änderungen der AVB 1972 wurden ohne Gegenstimme oder Enthaltung einstimmig beschlossen.

Die Mitgliederversammlung wählte ohne Gegenstimmen bzw. Stimmenthaltungen PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das am 31. Dezember 2025 endende Geschäftsjahr der Pensionskasse der Wacker Chemie VVaG.



LAGEBERICHT

I. Allgemeines

Die Pensionskasse der Wacker Chemie VVaG betreibt als kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit gemäß ihrer Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen die Pensions- und Sterbegeldversicherung. In Rückdeckung gegebenes Versicherungsgeschäft liegt nicht vor. Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte, ohne dass die Versicherungsnehmer Mitglieder geworden sind, werden nicht getätigt.

Entsprechend den Bestimmungen ihrer Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen gewährt die Pensionskasse Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten. Sie ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba), Berlin und des Verbandes der Firmenpensionskassen e. V.

Die Pensionskasse betreibt mit Ihrer Versicherungsart ein Altersversorgungssystem und damit ein Finanzprodukt i. S. der Offenlegungsverordnung. Nach aktueller Einschätzung der Pensionskasse fällt diese Versicherungsart nicht unter Artikel 8 Abs.1 oder Artikel 9 Abs.1, 2 oder 3 der Offenlegungsverordnung. Unter Artikel 8 Abs.1 bzw. Artikel 9 Abs.1 bis 3 der Offenlegungsverordnung werden für die Finanzprodukte vorvertragliche Informationen hinsichtlich ökologischer oder sozialer Merkmale sowie über nachhaltige Investitionen verlangt. Deshalb ist für Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung ab 1. Januar 2022 gemäß Artikel 7 der Taxonomie-Verordnung folgende formell erforderliche Erklärung abzugeben: "Die diesem Finanzprodukt zugrundeliegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten."

Die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Funktionen werden durch Mitarbeitende des Trägerunternehmens, das auch den überwiegenden Teil der Personal- und Sachkosten trägt, wahrgenommen.

Die Verwaltung des Grundbesitzes der Pensionskasse in München und Burghausen erfolgt seit Anfang 2021 durch die Moll Immobilien Management GmbH. Für den Immobilienbesitz in Nünchritz übernimmt seit Mitte 2001 die Wohnungsgesellschaft Nünchritz mbH diese Funktion.

II. Wirtschaftsbericht

Volkswirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft war im Jahr 2025 weniger durch die Geldpolitik der Notenbanken geprägt als in den Vorjahren. Stattdessen dominierten umfangreiche Zolldiskussionen das konjunkturelle Umfeld und führten in vielen Bereichen zu einer spürbaren Investitionszurückhaltung.

Das globale Wachstum blieb heterogen: Dienstleistungsländer expandierten solide, während industrieorientierte Volkswirtschaften unter Druck standen. Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds lag das weltweite Wachstum – wie bereits im Vorjahr – bei rund 3,3 %.

Die regionalen Entwicklungen zeigten ein vielschichtiges Bild. In den USA sorgten hohe Investitionen in Technologie und Anwendungen der Künstlichen Intelligenz für positive Impulse, während strukturelle Schwächen in mehreren großen Industrienationen das Gesamtbild belasteten. Der Welthandel entwickelte sich etwas lebhafter als erwartet, getragen vor allem von der Nachfrage nach technologischen Produkten; klassische Warenssegmente waren hingegen rückläufig.

Die Finanzierungsbedingungen blieben 2025 günstig, während gestiegene Staatsanleiherenditen und hohe Aktienbewertungen die Risikolage erhöhten. In den USA stützten starke Technologieinvestitionen und ein solides drittes Quartal die Wirtschaft, bevor politische Unsicherheiten zum Jahresende belasteten. China erzielte ein Wachstum von rund fünf Prozent, verzeichnete im Jahresverlauf jedoch eine Abschwächung aufgrund rückläufiger Nachfrage im Immobiliensektor.

In Europa blieb die Konjunktur verhalten; Deutschland stagnierte und zeigte erneut eine schwache Exportentwicklung. Spanien konnte zeitweise positive Impulse verzeichnen, während Japan zunehmende rezessive Tendenzen zeigte und fiskalpolitisch gegensteuerte. Indien gehörte erneut zu den weltweit dynamischsten Regionen und leistete einen spürbaren Beitrag zum globalen Wachstum.

Die globale Inflationsrate lag nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds bei rund 4,1 %. Während sie im Euroraum überwiegend im Zielkorridor verlief, blieb sie in den USA höher. In Asien war das Preisniveau insgesamt stabil. Die Energiepreise bewegten sich im historischen Vergleich auf moderatem Niveau.

Insgesamt zeigte sich die Weltwirtschaft widerstandsfähig, auch wenn das Wachstum auf wenige Regionen und Sektoren konzentriert war. Wesentliche Impulse kamen aus den USA, Indien und dem Technologiesektor. Gleichzeitig blieben strukturelle Herausforderungen in Europa und Japan bestehen. Eine erhöhte Marktvolatilität sowie geopolitische Unsicherheiten machten das wirtschaftliche Umfeld anfällig für Störungen.

Das Jahr 2025 war somit weniger von breit abgestützter wirtschaftlicher Stärke geprägt als vielmehr von einem globalen Anpassungsprozess an ein zunehmend volatilitätsgeprägtes Umfeld.

Kapitalmärkte

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten war 2025 von wiederholten handelspolitischen Spannungen sowie einer erhöhten Unsicherheit geprägt. Nach der Ankündigung zusätzlicher US-Zölle zu Jahresbeginn reagierten die Börsen zunächst nur kurz verunsichert und setzten ihren Aufwärtstrend rasch fort; bereits im Februar erreichten die wichtigsten US-Aktienindizes neue Höchststände.

Zweifel an der Tragfähigkeit hoher KI-Investitionen und zunehmender Wettbewerb aus Asien führten zu Kursrückgängen bei US-Technologiewerten. Eine erneute handelspolitische Verschärfung im April löste weltweite Marktkorrekturen sowie einen zeitweisen Renditeanstieg langlaufender US-Staatsanleihen aus. Mit der späteren Aussetzung angekündigter Maßnahmen stabilisierten sich die Märkte wieder.

Kurzfristige wirtschaftspolitische Entscheidungen in den USA erhöhten im Jahresverlauf die Kursschwankungen. Im weiteren Jahresverlauf reagierten die Märkte jedoch weniger stark auf einzelne Ankündigungen, sodass die Volatilität insgesamt zurückging. Das Technologiesegment blieb im weiteren Jahresverlauf ein wesentlicher Einflussfaktor für die Marktbewegungen.

Für europäische Anleger war die Entwicklung jedoch nicht uneingeschränkt positiv: Die Dollarabwertung belastete ungesicherte US-Engagements trotz guter Kursverläufe. Europäische Aktienmärkte profitierten im ersten Halbjahr, insbesondere gestützt durch Bank- und Rüstungswerte sowie neue fiskalpolitische Programme. Im weiteren Jahresverlauf überwog eine seitwärtsgerichtete Bewegung.

Die langfristige Ausrichtung der Pensionskasse orientiert sich weiterhin an der jährlich aktualisierten Asset-Liability-Management-Studie. Neben der strukturellen Risikobereitschaft werden sowohl die jeweils aktuellen aufsichtsrechtlichen Vorgaben als auch die biometrischen Entwicklungen berücksichtigt. Risiken aus möglichen Marktverwerfungen werden durch ein etabliertes, über Derivate gesteuertes Wertsicherungskonzept begrenzt.

III. Geschäftsverlauf

Bewegung des Bestandes

Zum Bilanzstichtag umfasst der Kreis der Mitgliedsunternehmen der Pensionskasse insgesamt 19 Unternehmen.

Der WACKER-Konzern wählt für Neueintritte seit 2022 die Direktzusage als Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung, die Siltronic AG seit 1. Januar 2023. Das Neugeschäft in der Pensionskasse ist seither rückläufig.

Die Anzahl der Anwärter, beitragspflichtigen Anwärter und Rentenempfänger hat sich wie folgt entwickelt:

	2025 Anzahl	2024 Anzahl
Grundversorgung		
Anwärter	16.395	16.962
davon beitragspflichtige Anwärter	10.736	11.408
Rentenempfänger	10.266	9.950
Freiwillige Höherversicherung (PK+)		
Anwärter	18.568	19.305
davon beitragspflichtige Anwärter	14.163	15.066
Rentenempfänger	7.918	7.139
Zulagenversicherung (Riester-Rente)		
Anwärter	19.149	20.066
davon beitragspflichtige Anwärter	15.257	17.511
Rentenempfänger	9.098	8.113

Seit dem 1. Januar 2022 ist der Tarif nach AVB (2022) geöffnet; die Garantieverzinsung beträgt 0,0 %. Die Tarife nach AVB (1972) mit einer festen Leistungszusage wurden zum 31. Dezember 2004 für den Neuzugang geschlossen. Der Tarif nach AVB (2005) mit einem Rechnungszins von 2,5 % wurde zum 31. Dezember 2012 und der Tarif nach AVB (2013) mit einem Rechnungszins von 1,75 % zum 31. Dezember 2021 für den Neuzugang geschlossen.

Die Zahl der beitragspflichtigen Anwärter in den geschlossenen Tarifgenerationen bleibt rückläufig. Dem Tarif nach AVB (2022) werden im Jahr 2025 insgesamt 135 beitragspflichtige Mitglieder in der Grundversorgung, 932 in der Höherversicherung und 4.869 in der Zulagenversicherung zugerechnet. Der Bestand an beitragsfreien Anwärtern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 5.554 auf 5.659 Personen.

Die Entwicklung des Versichertenbestands ergibt sich aus der Übersicht auf Seite 13.

Die Anzahl der Rentenempfänger hat sich im Berichtsjahr in allen Tarifen erneut erhöht. Aus dem offenen Tarif nach AVB (2022) werden in der Grundversorgung noch keine Rentenzahlungen geleistet. In der Höherversicherung werden 37 Rentner, in der Zulagenversicherung 897 Rentner dem Tarif nach AVB (2022) zugerechnet.

Leistungsindikatoren

Die Pensionskasse hat für das Geschäftsjahr 2025 ausschließlich finanzielle Steuerungsgrößen bzw. finanziell bedeutsame Leistungsindikatoren festgelegt. Diese betreffen unter anderem die gebuchten Bruttobeiträge, die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle, das Ergebnis aus Kapitalanlagen sowie den Jahresüberschuss. Die Entwicklung dieser und weiterer Kennzahlen wird in den nachfolgenden Kapiteln näher erläutert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren gemäß § 289 Abs. 3 HGB, die für die Geschäftstätigkeit der Pensionskasse von Bedeutung sind, liegen derzeit nicht vor.

IV. Lage der Gesellschaft

1. Vermögenslage

Kapitalanlagen

Der Erfolg der langfristig ausgerichteten Anlagepolitik der Pensionskasse hängt maßgeblich von Kapitalmarktentwicklungen und den versicherungstechnischen Verpflichtungen ab. Gleichzeitig sind die gesetzlichen Anlagegrundsätze und die aufsichtsrechtlichen Vorgaben der BaFin einzuhalten.

Die 2025 frei gewordenen Mittel wurden überwiegend in langfristige festverzinsliche Wertpapiere, Investmentanteile und Termingelder reinvestiert.

Der Gesamtbestand der Kapitalanlagen stieg von 2.875,3 Mio. € auf 2.918,7 Mio. € (+1,5 %).

Der im Direktbestand gehaltene Immobilienbestand verringerte sich um 7,7 Mio. € auf 544,9 Mio. € (Vj. 552,6 Mio. €).

Der über Grundstücksgesellschaften gehaltene Immobilienbesitz blieb mit 32,1 Mio. € unverändert (Vj. 32,1 Mio. €).

Der Anteil des Anlagesegments Investmentanteile stieg um 8,7 % von 981,5 Mio. € auf 1.066,5 Mio. € an und stellt nun 36,5 % der Kapitalanlagen (Vj. 34,1 %) dar.

Bei den Namensschuldverschreibungen kam es zu einem Anstieg von 3,7 % bzw. 20,0 Mio. € auf 559,5 Mio. €.

Der Bestand an Schuldscheindarlehen verringerte sich dagegen von 268,5 Mio. € auf 249,5 Mio. €. Insgesamt erhöhte sich der Rentendirektbestand damit um 1,0 Mio. € auf 809,0 Mio. € und machte 27,7 % der Kapitalanlagen aus.

Der Bestand an Private-Markets-Anlagen verringerte sich im Berichtsjahr um 4,7 % auf 428,2 Mio. € (Vj. 449,4 Mio. €) und entspricht einem Anteil von 14,7 % der Kapitalanlagen (Vj. 15,6 %).

Die Zeitwertreserve sank im Jahr 2025 auf 370,5 Mio. € (Vj. 396,1 Mio. €). Der Rückgang um rund 25,6 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang stiller Reserven und gestiegenen stillen Lasten bei festverzinslichen Anlagen.

Entwicklung Kapitalanlagen

in Mio. €	2025	2024	Differenz	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	544,9	552,6	-7,7	-1,4%
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	32,1	32,1	0,0	0,0%
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.494,8	1.430,9	63,8	4,5%
Hypotheken- und Grundschuldforderungen	9,0	9,6	-0,7	-7,1%
Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	559,5	539,5	20,0	3,7%
b) Schuldscheinforderungen	249,5	268,5	-19,0	-7,1%
Einlagen bei Kreditinstituten	29,0	42,0	-13,0	-31,0%
Andere Kapitalanlagen	0,0	0,0	0,0	-40,0%
Summe 31. Dezember	2.918,7	2.875,3	43,4	1,5%

2. Finanzlage

Die Finanzlage der Pensionskasse war im Geschäftsjahr jederzeit geordnet.

Die Pensionskasse lässt jährlich ein versicherungsmathematisches Gutachten über den finanziellen Status der Pensionskasse erstellen. Gemäß dem Gutachten per 31.12.2025 beläuft sich die Deckungsrückstellung der Pensionskasse auf 2.803,8 Mio. € (+ 62,0 Mio. € vs. Vj.). Nach § 234 g Abs. 1 VAG sind alle Pensionskassen verpflichtet, zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge, freie, unbelastete Eigenmittel in der Verlustrücklage zu bilden, und zwar mindestens in Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung. Nach den Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars beträgt die erforderliche Solvabilitätskapitalanforderung der Pensionskasse per 31.12.2025 119,7 Mio. € (Vj. 117,1 Mio. €). Der zusätzliche Betrag für die Verlustrücklage von rund 2,5 Mio. € wurde aus dem Jahresüberschuss zugeführt. Die Pensionskasse verfügt somit über explizite Eigenmittel. Damit werden die gesetzlichen Auflagen zur Bedeckung der Solvabilitätskapitalanforderung mit 4,0 % der geschäftsplanmäßigen Deckungsrückstellung zuzüglich 0,3 % des sogenannten Risikokapitals erfüllt.

Liquidität

Die Gesellschaft konnte ihren laufenden Verpflichtungen uneingeschränkt nachkommen.

Die Liquiditätssteuerung verlief planmäßig; die Zahlungsmittelbestände entwickelten sich erwartungsgemäß. Wesentliche Finanzierungsquellen blieben die Beitragseinnahmen sowie die regelmäßigen Rückflüsse aus der Kapitalanlage. Die liquiden Mittel zum 31. Dezember 2025 sind mit 3,6 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. € gesunken. Außergewöhnliche Liquiditätsereignisse oder Abweichungen gegenüber der Prognose traten nicht auf.

3. Ertragslage

Beiträge

Die Beitragseinnahmen sind insgesamt um 7,0 Mio. € auf 62,3 Mio. € (Vj. 69,3 Mio. €) gesunken. Der Rückgang fiel damit stärker aus als der im Vorjahr erwartete moderate Rückgang. Dies ist im Wesentlichen auf ausgeprägtere Bestandsabgänge in den geschlossenen Tarifgenerationen sowie auf eine höhere Zahl an Übertritten in den Leistungsbezug zurückzuführen. Die Bruttobeiträge ohne Sonderzuwendungen sind seit 2020 rückläufig und werden in den kommenden Jahren weiter sinken. Aufgrund der rückläufigen Beitragseinnahmen und der steigenden Versicherungsleistungen ist die Liquiditätsdeckung der Verpflichtungen aus den zu leistenden Rentenzahlungen allein nicht über die Beiträge zu finanzieren. Diese Finanzierungslücke wird durch die Erträge aus den Kapitalanlagen gedeckt.

Leistungen

Die Pensionskasse erbringt Leistungen bei Eintritt des jeweiligen Versorgungsfalls, insbesondere Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten sowie PK+- und Riester-Leistungen.

Die Aufwendungen für Versicherungsleistungen erhöhten sich um 4,3 Mio. € (+ 5,4 %) auf 83,9 Mio. €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der wachsenden Zahl der Leistungsbeziehenden und entspricht damit der im Vorjahr prognostizierten moderaten Steigerung der Leistungsaufwendungen.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Verwaltungsaufwendungen verringerten sich auf 370 T€ (Vj. 446 T€). Die Verwaltungskostenquote blieb aufgrund der sinkenden Beitragszahlungen unverändert bei 0,6 %.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die laufenden Erträge beliefen sich im Berichtsjahr auf 79,9 Mio. € (Vj. 69,4 Mio. €) und stammten überwiegend aus Kuponzahlungen festverzinslicher Kapitalanlagen, aus Mieteinnahmen sowie aus Ertragsausschüttungen aus Private-Markets-Investments. Zusätzlich wurden realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen in Höhe von 23,8 Mio. € erzielt. Die gesamten Erträge aus Kapitalanlagen beliefen sich auf 103,7 Mio. € (Vj. 98,5 Mio. €). Verluste aus dem Abgang von

Wertpapieren traten – wie bereits im Vorjahr – nicht auf. Den Erträgen standen Aufwendungen in Höhe von 16,9 Mio. € gegenüber (Vj. 11,9 Mio. €). Das Kapitalanlageergebnis belief sich insgesamt auf 86,8 Mio. € (Vj. 86,6 Mio. €).

Mit 3,0 % entsprach die erzielte Nettoverzinsung sowohl dem für das abgelaufene Geschäftsjahr maßgeblichen Rechnungszins als auch der prognostizierten Entwicklung.

Ergebnis

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit belief sich im Geschäftsjahr auf 2,7 Mio. € (Vj. 3,0 Mio. €). Es setzt sich zusammen aus einem versicherungstechnischen Ergebnis von 2,8 Mio. € (Vj. 2,4 Mio. €), sonstigen Erträgen von 0,6 Mio. € (Vj. 1,4 Mio. €) sowie sonstigen Aufwendungen von 0,7 Mio. € (Vj. 0,7 Mio. €). Unter Berücksichtigung eines Steueraufwands von 0,1 Mio. € (Vj. 0,2 Mio. €) ergibt sich ein Jahresüberschuss von 2,5 Mio. € (Vj. 2,9 Mio. €), der damit unter der Prognose von 2,9 Mio. € liegt.

Einfluss wesentlicher Gewinn- und Verlustquellen und Angaben über Ergebnisse aus Risiko- und Zinsverlauf

Die versicherungstechnische Prüfung der Risikoverhältnisse der Kasse wurde zum 31.12.2025 durch den Verantwortlichen Aktuar, Herrn Dr. Thurnes, durchgeführt. Er hat die geschäftsplanmäßige Deckungsrückstellung mit insgesamt 2.803,8 Mio. € (Vj. 2.741,8 Mio. €) festgestellt. Im Geschäftsjahr haben sich Risikogewinne ergeben. Das heißt, dass sich aus der tatsächlichen Entwicklung im Geschäftsjahr weniger Verpflichtungen ergeben haben, als in der versicherungsmathematischen Kalkulation berücksichtigt wurden. Die erzielten Anlagezinsen lagen über dem rechnungsmäßigen Zins und führten zu Zinsgewinnen. In der Grundversorgung 1972 beträgt der Rechnungszins nach der durch die Sonderzuwendung finanzierten Zinssenkung bei Anwärtern 3,15 % und bei Rentnern 2,95 %. In der freiwilligen Höherversicherung 1972 beträgt der Rechnungszins 2,95 %.

Entsprechend dem Technischen Geschäftsplan AVB (1972) vom 23.06.2025 wurden zum 31.12.2025 die biometrischen Rechnungsgrundlagen für die Bewertung der Höher- und Zulagenversicherung gemäß AVB (1972) angepasst. Die Finanzierung erfolgt zulasten des Bedarfsbeitrags der Grundversorgung nach den AVB (1972). Des Weiteren wurde der Rechnungszins von bisher 4,00 % auf den Rechnungszins des Rentnerbestands der Grundversorgung nach den AVB (1972), d.h. 2,95 % abgesenkt. Den AVB (2005) liegt ein Rechnungszins von 2,5 % zugrunde, den AVB (2013) einer von 1,75 % und den offenen AVB (2022) von 0,0 %.

V. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Der Vorstand bewertet die wirtschaftliche Entwicklung des Geschäftsjahres 2025 insgesamt als zufriedenstellend.

Die Beitragseinnahmen entwickelten sich im Jahr 2025 mit einem Rückgang von rund 10 % deutlicher als im Vorjahr erwartet. Die im Geschäftsbericht 2024 prognostizierte moderate Abnahme der Beitragseinnahmen bezog sich auf eine einstellige Rückgangsrate. Der nun eingetretene stärkere Rückgang resultierte im Wesentlichen aus ausgeprägteren Bestandsabgängen sowie einem höheren Übergang in den Leistungsbezug. Das Kapitalanlageergebnis lag auf dem Niveau des Vorjahres. Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb konnten reduziert werden, während die Aufwendungen für Versicherungsfälle aufgrund der planmäßig steigenden Zahl der Leistungsempfänger zunahmen. Das Zins-, Risiko- und Kostenergebnis war im Berichtsjahr jeweils positiv.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts beurteilt der Vorstand die wirtschaftliche Lage der Pensionskasse insgesamt als stabil.

BEWEGUNG DES BESTANDES

AN PENSIONSVERSICHERUNGEN

(ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2025 (Alle Tarife)

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		Hinterbliebenenrenten						
	Anzahl		Anzahl		Summe der Jahresrenten	Anzahl			Summe der Jahresrenten €		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	€	Witwen	Witwer	Waisen	Witwen	Witwer	Waisen
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	12.495	4.467	5.935	1.663	70.434.438,00	2.105	112	135	10.236.362,04	364.684,08	145.162,20
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	12	3	443	135	6.823.570,80	142	7	7	757.553,64	24.809,64	10.040,52
2. Sonstiger Zugang *)	13	31			13.507,32	2			18.046,44	65,88	172,44
3. Gesamter Zugang	25	34	443	135	6.837.078,12	144	7	7	775.600,08	24.875,52	10.212,96
III. Abgang während des Geschäftsjahres:											
1. Tod	17	7	212	46	2.050.890,60	135	9		589.045,08	25.021,92	
2. Beginn der Altersrente	425	123									
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	18	12									
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf			3		18.423,72			15		186,00	21.154,80
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	20	2									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen, Austrittsvergütungen											
7. Sonstiger Abgang **)	1	1			5.671,44				2.400,12		
8. Gesamter Abgang	481	145	215	46	2.074.985,76	135	9	15	591.445,20	25.207,92	21.154,80
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	12.039	4.356	6.163	1.752	75.196.530,36	2.114	110	127	10.420.516,92	364.351,68	134.220,36
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	3.737	1.922									
2. in Rückdeckung gegebene											
3. Invalidenrentner			191	86							

*) z.B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung, Erhöhung der Rente sowie Zugang wegen Versorgungsausgleich

**) z.B. Beendigung der Gewährung von Ausbildungsbeihilfe sowie Reduzierung wegen Versorgungsausgleich

VI. Risikobericht

Risikomanagement

Die Pensionskasse verfügt über ein umfassendes Berichts-, Kontroll- und Meldewesen. Ein zentrales Risikomanagement ist etabliert und steuert den gesamten Risikomanagementprozess, überwacht die Risikolage und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung wesentlichen Informationen bereit. Zusammen mit dem Risikomanagement analysieren und steuern die operativen Einheiten die Einzelrisiken im Rahmen ihres jeweiligen Verantwortungsbereiches. Die Interne Revision überprüft als unabhängige Stelle die Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems.

Die Anforderungen des § 26 VAG, wie sie durch das BaFin-Rundschreiben 08/2020 „Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung“ (MaGo für EbAV) konkretisiert wurden, sowie weitere einschlägige aufsichtsrechtliche Vorgaben werden entsprechend dem Risikoprofil der Pensionskasse erfüllt. Die Grundsätze, Methoden, Prozesse und Verantwortlichkeiten des Risikomanagements sind in der Risikoleitlinie, der Kapitalanlagerichtlinie und in detaillierten Prozessbeschreibungen festgelegt. Das Risikomanagement basiert auf der vom Vorstand festgelegten Risikostrategie, welche jährlich überprüft und bei Bedarf aktualisiert wird. Diese steckt den Rahmen der Risiken ab, die für eine bewusste Übernahme in Betracht kommen.

Ein regelmäßiger Austausch zwischen Vorstand und Risikomanagement gewährleistet die zeitnahe Bewertung aktueller Risiken. Die Risikosituation wird mindestens einmal jährlich in einem umfassenden Bericht dokumentiert; wesentliche Änderungen werden monatlich in einem aktualisierten Risikobericht dargestellt. Im Jahr 2024 wurde anstelle des jährlichen Risikoberichts eine Eigene Risikobeurteilung (ERB) gemäß § 234d VAG und BaFin-Rundschreiben 09/2020 (VA) durchgeführt. Die nächste turnusgemäße ERB ist für das Jahr 2027 vorgesehen.

Stresstest

Die aufsichtsrechtlich geforderten Stresstests werden als Instrument zur Beurteilung der kurzfristigen Risikotragfähigkeit der Pensionskasse

genutzt. Hierbei werden negative Kapitalmarkt-szenarien simuliert und deren Auswirkungen auf die Bilanz der Pensionskasse analysiert. Sämtliche Stresstests wurden im Jahr 2025 bestanden; dies gilt insbesondere für den Stress-test zum Stichtag 31.12.2025. Die aufsichtsrechtlich geforderte Durchführung des Stress-tests wird monatlich durch eine unterjährige Schätzung der wesentlichen Ergebnisgrößen ergänzt. Dadurch können starke Rückgänge in der Risikotragfähigkeit frühzeitig erkannt werden. Darüber hinaus führt die Pensionskasse monatlich eigene Szenarioanalysen durch, um die Stabilität der erzielten unterjährigen Renditen zu beurteilen. Hierdurch wird eine vorausschauende Steuerung der für das Geschäftsjahr erforderlichen Nettoerträge ermöglicht. Zum 31.12.2025 stellt sich die Sensitivität der Kapitalanlagen gegenüber Veränderungen von Aktienkursen (Equity) und Zinsniveaus nachfolgend dar:

Marktwertänderungen der Kapitalanlagen unter Berücksichtigung von Absicherungseffekten

Szenario	Absolut (in Mio. €)	relativ
Equity -20 %	-180,9	-5,5 %
Equity +20 %	216,9	6,6 %
Zinsen +200 bp	-137,9	-4,2 %
Zinsen -200 bp	199,3	6,1 %

Prognoserechnung

In der jährlichen Prognoserechnung fordert die BaFin die Abschätzung der folgenden 15 Jahresabschlüsse. Für die ersten fünf Jahre dieses Zeitraums wird ein Neu- und Wiederanlagezinssatz von 3,0 % vorgegeben, ab dem sechsten Jahr von 1,5 %. Vorhandene Kapitalanlagen dürfen keine Marktwertsteigerung erfahren. Dadurch können – abgesehen von Effekten aus dem Zinsrückgang nach fünf Jahren – keine zusätzlichen stillen Reserven aufgebaut werden. Die Vorgaben zur Neu- und Wiederanlage limitieren jedoch die laufenden Nettoerträge, weswegen zum Ausweis der Nettoerträge zusehends vorhandene stille Reserven realisiert werden müssen. Die Prognoserechnung liefert somit eine Indikation dafür, wie lange bei mittelfristig rückläufigen Zinsen die aktiv- und passivseitigen Reserven der Pensionskasse den Ausweis der notwendigen Nettoerträge erlauben würden, falls die Equity-Kapitalanlagen keine

ausreichenden Renditen generierten. Das Ergebnis der Prognoserechnung dient daher der Pensionskasse zur Einschätzung ihrer mittelfristigen Risikotragfähigkeit.

Asset-Liability-Studie

Die Pensionskasse führt jährlich eine Asset-Liability-Studie durch. Dabei wird zunächst die Entwicklung der Beiträge, Leistungen und Verpflichtungen über die kommenden 20 Jahre analysiert und daraus das langfristige Renditeerfordernis der Pensionskasse ermittelt. Dabei werden auch geplante Eingriffe an den Rechnungsgrundlagen der Verpflichtungen, wie z.B. Biometriestärkungen oder Rechnungszinssenkungen, sowie die Höhe der Zuwendungen seitens der Mitgliedsunternehmen berücksichtigt. Das daraus abgeleitete Renditeerfordernis stellt die Zielgröße bei der Optimierung des Anlageportfolios dar. Im Zuge der Optimierung wird diejenige Aufteilung der Anlageklassen (strategische Asset Allokation) ermittelt, mit der das Renditeerfordernis langfristig mit möglichst geringem Risiko erwirtschaftet werden kann. Dabei werden neben den allgemeinen Grundsätzen der Kapitalanlage auch strategische Festlegungen der Pensionskasse sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen berücksichtigt. Außerdem wird auf die praktische Umsetzbarkeit der neuen strategischen Asset Allokation geachtet. Die so ermittelte Asset Allokation stellt das Hauptergebnis der Asset-Liability-Studie dar. Sie bringt die Verpflichtungsentwicklung, die Renditeerwartungen der einzelnen Assetklassen sowie die Finanzierungssituation der Pensionskasse konsistent in Einklang. Damit erlaubt die Asset-Liability-Studie die Beurteilung der langfristigen Risikotragfähigkeit der Pensionskasse. Zur Umsetzung taktischer Elemente der Portfoliosteuerung sind Abweichungen von der strategischen Asset Allokation im Rahmen fest vorgegebener Toleranzgrenzen möglich. Über die Toleranzgrenzen hinaus sind Abweichungen entweder in einigen wenigen gut begründeten Ausnahmefällen erlaubt, die in der Kapitalanlagerichtlinie abschließend aufgezählt sind, oder in Situationen, in denen Risiken reduziert werden müssen, um die Risikotragfähigkeit der Pensionskasse sicherzustellen.

Die Asset-Liability-Studie 2025 zeigt – wie auch die diesjährige Prognoserechnung – die Chancen, die das aktuelle Zinsniveau der Pensionskasse bietet: Das ermittelte Renditeerfordernis kann mit einem ausbalancierten, schwankungsarmen Portfolio erzielt werden.

Risikoinventur

Das Risikomanagement führt einmal pro Jahr eine Risikoinventur durch, mit deren Hilfe sämtliche Einzelrisiken der Pensionskasse erfasst werden. Als Risikoverantwortliche im Sinne der MaGo informieren dabei die Sachgebietsleitungen das zentrale Risikomanagement über die aktuelle Risikosituation. Ziel ist die möglichst vollständige Erfassung der Gesamtrisikolage. Für jedes Risiko wird seine Eintrittswahrscheinlichkeit sowie sein Schadensausmaß hergeleitet. Außerdem werden Risikotreiber, Gegenmaßnahmen und Wechselwirkungen mit anderen Risiken bestimmt. Darauf aufbauend erfolgt eine Quantifizierung aller Risiken mittels eines einheitlichen Risikomaßes sowie die Aggregation zum Gesamtrisiko. Die Resultate der Risikoinventur werden halbjährlich überprüft. Bei der letzten Risikoinventur ist die Pensionskasse zu dem Schluss gekommen, dass aus heutiger Sicht vor allem Risiken, die mit der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen in Zusammenhang stehen, von Bedeutung sind. Insbesondere weisen Risiken durch möglicherweise erforderliche Anpassungen der bilanziellen Rechnungsgrundlagen Biometrie und Zins erhebliches Schadenspotenzial auf. Neben diesen passiv-seitigen Risiken stellen auch gewisse Marktrisiken auf der Aktivseite wesentliche Risiken dar. Hiervon betroffen sind vor allem die Investments in Private Markets, Aktien und festverzinsliche Wertpapiere. Bei den Risiken der Assetklasse Immobilien wird neben der allgemeinen Entwicklung des Immobilienmarkts auch die geringe geografische Streuung des Immobilienportfolios der Pensionskasse berücksichtigt.

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko entsteht aus möglichen Abweichungen der für das Versicherungsgeschäft wesentlichen Zahlungsströme von den rechnungsmäßigen Erwartungswerten. Für die Pensionskasse ist nach wie vor die beitragsorientierte Leistungszusage im Tarif 1972, die zum 31.12.2004 geschlossen wurde, der dominierende Tarif. Die versicherungstechnischen Risiken sind hauptsächlich auf diesen Tarif konzentriert. Da für den Tarif die Kosten durch das Trägerunternehmen getragen werden, bestehen aus Sicht der Pensionskasse die versicherungstechnischen Risiken aus dem Zinsgarantierisiko und biometrischen Risiken. Bei der Beurteilung sämtlicher

Risiken ist zu berücksichtigen, dass das Finanzierungsverfahren der Grundversorgung 1972 auf variablen Beiträgen der Mitgliedsunternehmen beruht. Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind in der Regel von kurzer Laufzeit und unterliegen daher keinem wesentlichen Ausfallrisiko. Beitragsforderungen mit einer Fälligkeit von mehr als 90 Tagen bestanden nicht. In den vergangenen drei Geschäftsjahren wurden keine Ausfälle aus Beitragsforderungen verzeichnet.

Zinsgarantierisiko

Passivseitig reduziert sich das Zinsgarantierisiko für den Gesamtbestand langsam, aber kontinuierlich durch die natürliche Alterung des Bestands in der Grundversorgung 1972 sowie das wachsende Gewicht der Bestände in den niedriger verzinsten Tarifgenerationen 2005, 2013 und 2022. Durch die Entscheidungen der beiden größten Mitgliedsunternehmen, neu eingestellte Mitarbeitende nicht mehr in der Pensionskasse zu versichern, wird sich diese Entwicklung weiter verlangsamen. Grund hierfür ist, dass die unter dem Aspekt des Zinsgarantierisikos besonders vorteilhafte Tarifgeneration 2022 nur mehr sehr eingeschränkt wachsen wird. Eine deutliche Reduktion ihrer Zinsverpflichtungen erreichte die Pensionskasse zum 31.12.2025 durch eine Absenkung der geschäftsplanmäßigen Verzinsung im Tarif der freiwilligen Höherversicherung der AVB 1972. Aktivseitig konnte die Pensionskasse das attraktive Zinsniveau der vergangenen Jahre nutzen, um sich langfristig laufende Zinserträge zu sichern, die das Zinsgarantierisiko signifikant reduzieren.

Biometrische Risiken

Im Rahmen der jährlichen versicherungstechnischen Prüfung der Vermögenslage der Pensionskasse stellt der Verantwortliche Aktuar den kalkulierten Mitteln die tatsächlichen Aufwendungen gegenüber und dokumentiert auf diese Weise die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen. Aus dieser aktuariellen Prüfung ergibt sich auch die etwaige Notwendigkeit einer Aktualisierung der Rechnungsgrundlagen. In Folge wurden in der Vergangenheit die biometrischen Rechnungsgrundlagen nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen 1972 in der Regel alle fünf Jahre gestärkt. Der letzte Zyklus der Biometriestärkung begann im Jahr 2016 und endete im Jahr 2018. Erstmals wurden dabei auch die Rechnungsgrundlagen der

Allgemeinen Versicherungsbedingungen 2005 miteinbezogen. Seither lassen in der Grundversorgung 1972 die Beobachtungen zur tatsächlichen Sterblichkeit keine Notwendigkeit für eine Absenkung der kalkulatorischen Sterblichkeiten erkennen. Im Tarif der freiwilligen Höherversicherung der AVB 1972 wurden zum 31.12.2025 – neben der bereits erwähnten Rechnungszinsabsenkung – auch die biometrischen Rechnungsgrundlagen wieder mit ausreichenden Sicherheiten ausgestattet.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen dienen der Pensionskasse der dauernden Erfüllbarkeit der Zahlungsverpflichtungen, die sich aus den Versicherungsverträgen ergeben. Die Hauptrisiken für die einzelnen Kapitalanlagen bestehen in der Gefährdung der notwendigen Rentabilität, Sicherheit und Liquidität.

Marktänderungsrisiken

Grundsätzlich sind Kapitalanlagen der Gefahr möglicher Wertverluste aufgrund von Zins-, Aktienkurs- oder Wechselkursverschiebungen ausgesetzt. Die Pensionskasse geht diese Risiken im Rahmen ihrer Risikotragfähigkeit ein. Sowohl für den liquiden Aktienfonds als auch für den Rentenfondsbestand nutzt sie dabei ein Overlay-Management, um Verluste zu begrenzen. Für alle nicht durch das Overlay abgesicherten Risiken sowie die dem Overlay inhärenten Risiken (z.B. „Over Night-Risiken“) ergaben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr in den Stresstests und Risikotragfähigkeitsanalysen ausreichende Risikobudgets. Makroökonomische Risiken, etwa geopolitische Spannungen oder neue Handelshemmnisse, können die Wertentwicklung der Kapitalanlagen belasten, deren Bewertungen teilweise bereits hoch sind. Damit ist ein – unter Umständen erheblicher – Rückgang der Risikotragfähigkeit nicht auszuschließen. Die Pensionskasse investiert etwa ein Drittel des Vermögens in Aktien- und Rentenfonds (einschließlich geldmarktähnlicher Fonds). Die anderen zwei Drittel sind als Direktinvestition in die Assetklassen festverzinsliche Wertpapiere, Immobilien, Immobiliendarlehen, Private Equity und Private Debt angelegt. Die Marktänderungsrisiken des Direktbestands werden nicht explizit durch ein Overlay-Management, sondern implizit durch risikogerechte Quoten im Rahmen der strategischen Asset Allokation begrenzt. Wechselkursrisiken werden von der Pensionskasse größtenteils

innerhalb des Fonds abgesichert. Die Beschränkung der Quoten von Kapitalanlagen in Fremdwährungen soll sicherstellen, dass auch aus extremen Währungsschwankungen keine wesentlichen Verluste resultieren können.

Kreditrisiken

Unter Kreditrisiken versteht man die Gefahr einer Verschlechterung der Schuldnerbonität bis hin zum vollständigen Ausfall einzelner Forderungen. Um die Kreditrisiken zu begrenzen, existieren Limitierungen, die zu einer breiten Streuung der Schuldverschreibungen bzw. Darlehen führen und Konzentrationen auf einzelne Emittenten vermeiden sollen. Zusätzlich stellt die Pensionskasse hohe Anforderungen an die Bonität der Emittenten. Spread-induzierte Kursrisiken der Rentenfonds werden im Overlay-Management mitberücksichtigt und abgesichert.

ESG-Risiken

Aus Sicht der ESG-Kriterien (Environment, Social und Governance) birgt gerade der Klimawandel mit seinen teilweise jetzt schon nicht mehr umkehrbaren Auswirkungen große Gefahren: Lokal drohen Nahrungs- und Wasserknappheit. Global nehmen Gesundheitsrisiken durch Überhitzung, Infektionskrankheiten oder Umweltverschmutzung zu. Das mit dem Klimawandel einhergehende Artensterben und der Biodiversitätsverlust gefährden ganze Ökosysteme. Darüber hinaus treten extreme Wetterverhältnisse wie Stürme, Waldbrände, Dürren, Überschwemmungen und Hitzewellen deutlich häufiger auf als bisher. Folglich werden die ökonomischen Schäden einer Klimaveränderung drastisch ansteigen. Daher hat die Pensionskasse im Jahr 2021 eine ESG-Strategie formuliert, in der auch eine Roadmap zur künftigen Analyse der ESG-Risiken des Gesamtportfolios und zur Umsetzung in der Kapitalanlage enthalten ist. Gerade hierbei liegt der Fokus auf der renditeeffizienten Berücksichtigung von ESG-Kriterien. Als erste konkrete Auswirkungen des Klimawandels werden sich Transitionsrisiken materialisieren. Davon sind vor allem Geschäftsmodelle basierend auf fossilen Energieträgern betroffen, die den Aufwand zur Dekarbonisierung nicht werden stemmen können. Für diese „Stranded Assets“ bestehen unmittelbare Marktrisiken sowie Kredit-/Ausfallrisiken. Diese Risiken wurden im Rahmen der Risikoinventur 2021 erstmals quantifiziert und in die Analyse

der Gesamtrisikotragfähigkeit der Pensionskasse integriert.

Liquiditätsrisiken

Die Pensionskasse überwacht ihre Liquiditätssituation laufend und trägt damit den wachsenden Herausforderungen in diesem Bereich Rechnung. Diese Herausforderungen entstehen zum einen durch den wachsenden negativen Saldo aus Beitragseinnahmen und Leistungszahlungen. Zum anderen ist die Pensionskasse bestrebt, die Chancen illiquider Assetklassen (wie z.B. Immobilien oder Private Markets) im Rahmen ihrer strategischen Asset Allokation in vertretbarem Umfang zur Generierung von Illiquiditätsprämien zu nutzen, um das Rendite-Risiko-Profil ihrer Kapitalanlage zu optimieren.

Konzentrationsrisiken

Das Anlageportfolio der Pensionskasse beinhaltet Konzentrationsrisiken im Bereich der Immobiliendarlehen, da viele Kreditnehmer bei den beiden großen Mitgliedsunternehmen versichert sind und daher bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihres Arbeitgebers gleichzeitig Probleme bekommen könnten, ihre Kredite vertragsgemäß zu bedienen. Dieses Konzentrationsrisiko ist in seiner potenziellen Schadenhöhe rückläufig und wird als tragbar akzeptiert.

Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken werden unterteilt in rechtliche Risiken und in betriebliche Risiken, die sich aus Systemen, Verwaltungsstrukturen und Prozessen ergeben.

Den rechtlichen Risiken wird in der Pensionskasse auf verschiedene Art und Weise begegnet. Bei Neuinvestments werden vor einem Geschäftsabschluss alle Verträge eingehend überprüft; bei Bedarf werden die Rechtsabteilung der Wacker Chemie AG oder externe Spezialisten konsultiert. Bei Investments im Immobilienbereich werden ebenfalls entsprechende Anwaltskanzleien und Gutachter beratend hinzugezogen.

Bei bestehenden Investments vor allem im Bereich der Spezialfonds sind die Kapitalverwaltungsgesellschaft und die Depotbank vertraglich dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass alle rechtlichen Vorgaben sowie die spezifischen Anlagerichtlinien eingehalten werden. Rechtliche Vorgaben ergeben sich dabei beispielsweise aus dem Kapitalanlagegesetzbuch oder dem Gesetz über den Wertpapierhandel. Um frühzeitig auf Änderungen reagieren zu können, werden die Entwicklungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung kontinuierlich und systematisch beobachtet.

Die Pensionskasse setzt sich auch über Mitgliedschaften – beispielsweise in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung (aba) oder beim Bundesarbeitgeberverband – im politischen Meinungsbildungsprozess aktiv für die Interessen ihrer Mitglieder ein.

Betriebliche Risiken werden durch die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips, Funktionstrennung, eindeutige Unterschriftenrichtlinien und Zuständigkeitsregelungen für alle anfallenden Geschäftsvorfälle sowie klare Berichtswege reduziert.

Beim Management ihrer Informationssicherheitsrisiken unterliegt die Pensionskasse den Anforderungen und Rahmenbedingungen aus dem „Digital Operational Resilience Act“ (EU-Verordnung 2022/2554). Die Pensionskasse erfüllt diese Anforderungen über die vom Trägerunternehmen bereitgestellte IT-Infrastruktur, deren Sicherheits- und Kontrollmechanismen vollständig in die internen Prozesse eingebunden sind. Dazu gehören auch sicherheitsrelevante Maßnahmen wie Schulungen und Awareness-Aktionen für Mitarbeitende, Backup-

Lösungen und die Auswahl geeigneter Infrastrukturen und Standorte. Zugriffs- und Zutrittsrechte regelt die Pensionskasse in einem Berechtigungskonzept; sie werden regelmäßig re-zertifiziert.

An externe Dienstleister ausgelagerte Tätigkeiten bzw. Funktionen werden im Rahmen des Outsourcing-Controllings überwacht, das fest in den Jahresablauf der Pensionskasse integriert ist. Die Qualität der erbrachten Dienstleistungen wird dabei regelmäßig kritisch überprüft. Ein Eskalationsprozess regelt gegebenenfalls die Konsequenzen aus einer negativ ausgefallenen Bewertung bis hin zur Neuvergabe der Dienstleistung.

Der Compliance-Beauftragte des WACKER Konzerns fungiert auch als Compliance Officer für die Pensionskasse. Er berät den Vorstand der Pensionskasse regelmäßig hinsichtlich aller relevanten rechtlichen Regelungen und unterstützt ihn bei der Implementierung wirksamer Verfahren zu deren Einhaltung.

Neben diesen Maßnahmen überprüft die Interne Revision mindestens einmal jährlich die Aktivitäten der gesamten Geschäftsorganisation.

Gesamtbild der Risikosituation

In der jährlichen Risikoinventur katalogisiert, analysiert und bewertet die Pensionskasse unter Einbindung der Risikoverantwortlichen alle Risiken, denen sie ausgesetzt ist. Darauf aufbauend werden Risiken anhand vom Vorstand festgelegter Grenzen als „wesentlich“ klassifiziert. Unter den wesentlichen Risiken dominieren Risiken aus Veränderungen des (aufsichts-)rechtlichen Umfelds, Marktrisiken sowie versicherungstechnische Risiken. Gegenüber dem Vorjahr haben sich Bewertungsänderungen durch die Neufestlegung von Schadenhöhen bzw. Eintrittswahrscheinlichkeiten ergeben. Diese Bewertungsänderungen sind vor allem auf Veränderungen des Kapitalmarktumfelds zurückzuführen. In den Stresstests und Risikotragfähigkeitsanalysen sind sowohl der Gesamtbestand der Risiken als auch die wesentlichen Risiken durch ausreichend Risikobudget abgedeckt.

Insgesamt sind keine Risiken erkennbar, die jetzt oder in den nächsten Jahren den Bestand der Pensionskasse gefährden könnten.

VII. Prognose- und Chancenbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die globalen Konjunkturaussichten für 2026 werden weiterhin von geopolitischen Spannungen und anhaltenden handelspolitischen Konflikten beeinflusst. Dennoch zeigt sich die Weltwirtschaft insgesamt robust. Maßgebliche Impulse kommen von anhaltenden Investitionen in Technologie und Anwendungen der künstlichen Intelligenz, die die wirtschaftliche Entwicklung stützen und dämpfende Effekte protektionistischer Maßnahmen abmildern. Das globale Wachstum dürfte sich in etwa auf dem Niveau des Vorjahres bewegen.

In vielen großen Wirtschaftsregionen hat die rückläufige Inflationsentwicklung zu einer Entspannung beigetragen. Während die Teuerungsraten in Europa und Teilen Asiens weitgehend im Zielkorridor verlaufen, liegt die Inflation in den USA noch etwas über dem angestrebten Wert.

Durch den Ende Februar 2026 eskalierten Nahost-Konflikt und die damit verbundenen deutlich gestiegenen Energiepreise erhöht sich das Risiko wieder anziehender Inflationsraten – insbesondere in Europa – merklich. Die geldpolitische Ausrichtung der großen Zentralbanken dürfte hiervon maßgeblich beeinflusst werden; eine straffere Geldpolitik könnte das Marktumfeld entsprechend belasten. Sollte sich die Lage hingegen zeitnah entspannen, wären die Auswirkungen voraussichtlich begrenzt und vor allem temporärer Natur.

Kapitalmärkte

Nach drei Jahren teilweise deutlicher Gewinne an den weltweiten Aktienmärkten sind die Kurse der realwirtschaftlichen Entwicklung vorausgeeilt. Entsprechend sind die Anstiege in der Breite auf eine Ausweitung der Bewertungen zurückzuführen. Zusätzlich treibend für die Märkte, insbesondere in den USA, waren vornehmlich KI-bezogene Titel, die einerseits mit hohem Gewinnwachstum und starken Margen überzeugen, andererseits mit hohen Ausgaben im Bereich KI-Infrastruktur für Unsicherheit sorgen. Die europäischen Aktienmärkte profitieren von expansiverer Fiskalpolitik, während Asien, allen voran Indien, strukturell attraktive Wachstumsperspektiven bietet.

An den Rentenmärkten spricht die Kombination aus moderaten Inflationserwartungen und einer

tendenziell abwartenden Geldpolitik für ein Zinsniveau ähnlich dem Vorjahr. Die durch den Iran-Konflikt ausgelöste Unsicherheit ist jedoch deutlich angestiegen. Die Risikoaufschläge für Unternehmensanleihen haben sich stark eingengt und bieten zunehmend weniger Potenzial bei gleichzeitig höheren Risiken einer Ausweitung im Zuge sich verschlechternder Rahmenbedingungen.

Geschäftsentwicklung

Versicherungsgeschäft

Für 2026 rechnet die Pensionskasse mit stark sinkenden Beitragseinnahmen. Neben Bestandsabgängen durch den Übergang von Bestandsanwärtern in den Leistungsbezug trägt auch die zum 01.01.2026 in Kraft tretende Absenkung des Firmenbeitrags im Tarif AVB 1972 von 400 % auf 300 % zu dieser Entwicklung bei. Eine Überprüfung und ggf. Neufestsetzung erfolgt geschäftsplanmäßig zur nächsten Vermögensüberprüfung zum 31.12.2026. Insgesamt ist daher von einem weiterhin abnehmenden Beitragsvolumen auszugehen.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle werden – bedingt durch die zunehmende Zahl an Versicherten, die aus der Beitragsphase in den Leistungsbezug wechseln – auch im Jahr 2026 weiter deutlich zunehmen.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb werden für 2026 auf dem Niveau des Vorjahres erwartet.

Kapitalanlagen

Das Portfolio der Pensionskasse ist weiterhin breit diversifiziert und folgt einer langfristig ausgerichteten strategischen Asset Allokation. Diese Ausrichtung verzichtet bewusst auf kurzfristige Trendthemen. Die letzte größere Anpassung erfolgte im Jahr 2022 mit dem deutlichen Ausbau des Renten-Direktbestands infolge des gestiegenen Zinsniveaus. Gleichzeitig konnte die Komplexität des Gesamtportfolios reduziert werden. Durch die Stärkung der laufenden Erträge ist das Portfolio aus heutiger Sicht widerstandsfähiger gegenüber herausfordernden Marktphasen. Wie bereits im Vorjahr erwarten wir auch für 2026 keine wesentlichen Veränderungen in der Gesamtallokation. Zum Jahresbeginn profitiert die Pensionskasse insbesondere von Positionen in klein- und mittelkapitalisierten Aktien sowie Engagements in den Emerging Markets. In der ersten Märzhälfte

kam es jedoch zu einem deutlichen Rückschlag infolge der aufkommenden Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt. Zusammen mit dem etablierten Risk-Management-Overlay ist das Portfolio auch unter diesen Bedingungen weiterhin gut positioniert.

Für das Jahr 2026 wird ein Nettoergebnis aus Kapitalanlagen (ohne Sondereffekte) leicht oberhalb des Jahres 2025 erwartet bzw. eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von knapp 3,0 %.

Jahresüberschuss

Für das Geschäftsjahr 2026 können sowohl Risiken als auch Chancen aus der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung entstehen, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden können. Die Auswirkungen des globalen Umfelds – insbesondere der geopolitischen Risiken, der volatilen Kapitalmärkte und der weiterhin schwer vorhersehbaren wirtschafts- und handelspolitischen Entscheidungen der US-Regierung – bleiben für die Pensionskasse relevant. Diese Faktoren können sich sowohl auf die Vermögens- und Finanzlage als auch auf den Jahresüberschuss und die Zuführung zur Verlustrücklage auswirken.

Unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklung im Versicherungs- und Kapitalanlagegeschäft rechnet der Vorstand für das Jahr 2026 mit einem Jahresüberschuss, der deutlich unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2025 liegen wird.

Chancen im Umfeld der Pensionskasse

Für die Pensionskasse ergeben sich die wesentlichen Chancen weiterhin aus den Kapitalanlagen, die zur Bedeckung der Verpflichtungen eingesetzt werden. Die Investition in renditestärkere Anlageklassen im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Risikoquote unterstützt die Erwirtschaftung des langfristigen Renditeerfordernisses. Die kurz-, mittel- und langfristige Betrachtung der Risikotragfähigkeit stellt dabei sicher, dass die übernommenen Risiken jederzeit angemessen abgedeckt bleiben. Darüber hinaus ergeben sich operative Chancen aus der fortschreitenden Digitalisierung und der Optimierung interner Abläufe, die Effizienz und Servicequalität nachhaltig unterstützen.

Der Zinsanstieg im Jahr 2022 hat zu einer strukturellen Reduktion des Risikos im Kapitalanlageportfolio beigetragen. Das aktuell weiterhin attraktive Zinsniveau ermöglicht es, diese Positionierung beizubehalten. Auf dieser Basis können auch in den kommenden Jahren aus konservativen Anlageformen verlässliche Erträge erzielt werden. Die Neu- und Wiederanlage in festverzinsliche Wertpapiere hoher Bonität bietet weiterhin Kupons, die über dem maßgeblichen Rechnungszins liegen.

Im Immobilienbereich trägt das im Münchner Werksviertel gelegene Objekt (Gisela-Stein-Straße 1), das langfristig an das Trägerunternehmen vermietet ist, zu einer stabilen Ertragssituation bei. Die laufenden Mieterträge sowie die langfristigen Wertperspektiven stellen aus Sicht des Vorstands einen positiven Beitrag zur künftigen Ertrags- und Vermögenslage dar.

Eine weltweit robuste Konjunktur könnte darüber hinaus unterstützend auf die Kapitalmärkte wirken. Die geopolitische Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt erhöht allerdings die Wahrscheinlichkeit temporärer Marktvolatilitäten.

Nach aktueller Einschätzung ist das Portfolio aufgrund seiner breiten Diversifikation und des eingesetzten Risk-Management-Overlays solide aufgestellt.

JAHRESABSCHLUSS

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2025

Aktivseite

	€	€	31.12.2025 €	31.12.2024 €
A. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			544.896.252,53	552.591.746,25
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
Anteile an verbundenen Unternehmen			32.075.000,00	32.075.000,00
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.494.766.997,93		1.430.946.957,26
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		8.953.155,69		9.641.864,55
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	559.500.000,00			539.500.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	249.500.000,00			268.500.000,00
		809.000.000,00		(808.000.000,00)
4. Einlagen bei Kreditinstituten		29.000.000,00		42.000.000,00
5. Andere Kapitalanlagen		7.500,00		12.500,00
			2.341.727.653,62	(2.290.601.321,81)
			2.918.698.906,15	2.875.268.068,06
B. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	4.539,65			6.285,92
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	1.250.611,21			2.032.909,15
		1.255.150,86		(2.039.195,07)
II. Sonstige Forderungen		1.841.577,42		1.877.955,98
davon an verbundene Unternehmen:				
1.413.277,21 € (i. Vj. 1.509.053,87 €)			3.096.728,28	(3.917.151,05)
C. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		162.552,79		185.341,17
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		4.991.984,14		5.796.329,15
III. Andere Vermögensgegenstände		2.614.559,84		1.466.717,93
			7.769.096,77	(7.448.388,25)
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		9.017.073,75		8.527.868,58
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		18.150,00		0,00
			9.035.223,75	(8.527.868,58)
Summe der Aktiva			2.938.599.954,95	2.895.161.475,94

Ich bestätige hiermit, entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

München, den 25. Februar 2026

Christine Peschel
Stellvertreterin des Treuhänders

Passivseite

	€	€	31.12.2025 €	31.12.2024 €
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			119.650.093,57	117.100.232,33
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung		2.803.821.183,06		2.741.810.458,22
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		231.667,18		260.652,40
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgs- unabhängige Beitragsrückerstattung		3.596.231,13		3.469.212,78
			2.807.649.081,37	(2.745.540.323,40)
C. Andere Rückstellungen				
I. Sonstige Rückstellungen			1.593.140,00	373.991,36
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlos- senen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern		1.644,76		8.701,62
II. Sonstige Verbindlichkeiten		9.072.277,37		9.535.670,65
davon aus Steuern:				
222.764,18 € (i. Vj. 272.856,12 €)				
			9.073.922,13	(9.544.372,27)
E. Rechnungsabgrenzungsposten			633.717,88	22.602.556,58
Summe der Passiva			2.938.599.954,95	2.895.161.475,94

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 01.12.2025, 04.01.2022 bzw. 20.12.2021 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

München, den 20. Februar 2026

Dr. Georg Thurnes
Verantwortlicher Aktuar

GEWINN- UND

VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	€	€	2025 €	2024 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge			62.344.278,77	69.301.159,22
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			3.469.212,78	2.338.521,04
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 1.413.277,21 € (i. Vj. 1.509.053,87 €)		1.413.277,21		1.509.053,87
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücks- gleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	21.195.752,74			14.574.230,47
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	57.295.363,32			53.321.424,17
		78.491.116,06		(67.895.654,64)
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		23.820.162,43		29.111.728,59
			103.724.555,70	(98.516.437,10)
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		83.921.057,86		79.398.622,61
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		28.985,22		200.333,84
			83.892.072,64	(79.598.956,45)
5. Veränderung der übrigen versicherungs- technischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung			62.010.724,84	72.302.996,53
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			3.596.231,13	3.469.212,78
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Verwaltungsaufwendungen			369.738,60	446.160,87
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapital- anlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		8.687.830,65		5.246.112,55
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		8.210.380,86		6.687.649,10
			16.898.211,51	(11.933.761,65)
9. Versicherungstechnisches Ergebnis			2.771.068,53	2.405.029,08
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		570.578,84		1.377.122,02
2. Sonstige Aufwendungen		685.569,48		739.356,14
			114.990,64	(637.765,88)
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.656.077,89	3.042.794,96
4. Steuern vom Einkommen und Ertrag		26.881,54		17.658,84
5. Sonstige Steuern		133.098,19		164.855,68
			106.216,65	(182.514,52)
6. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag			2.549.861,24	2.860.280,44
7. Einstellungen in die Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			2.549.861,24	2.860.280,44
8. Bilanzgewinn			0,00	0,00

ANHANG

Bilanzierungs-
und Bewertungsmethoden

Erläuterungen zur Bilanz
und Gewinn- und Verlustrechnung

Organe der Kasse

BILANZIERUNGS- UND

BEWERTUNGSMETHODEN

Entwicklung der Aktivposten A I. bis A III. im Geschäftsjahr 2025 in T€

	Bilanzwerte Vorjahr
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	552.592
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	32.075
III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.430.947
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	9.642
3. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	539.500
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	268.500
4. Einlagen bei Kreditinstituten	42.000
5. Andere Kapitalanlagen	12
6. Summe III.	2.290.601
Kapitalanlagen insgesamt	2.875.268

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches gemäß § 341a HGB i. V. m. § 264 HGB und den ergänzenden Bestimmungen der RechVersV aufgestellt. Die in der Bilanz zum 31. Dezember 2024 angewandten Bewertungsmethoden wurden übernommen.

Die Bewertung der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken erfolgt gemäß § 341b Abs. 1 i. V. m. §§ 253 Abs. 1, 3 und 5 sowie 255 Abs. 1 und 2 HGB zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Die Gebäude werden entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer für gewerblich genutzte Gebäude liegt bei 33 Jahren – bei Wohngebäuden zwischen 50 und 83 Jahren.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgt unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips zu Anschaffungskosten gemäß § 341b Abs. 1 i. V. m. §§ 253 Abs. 1, 3 und 5 sowie 255 Abs. 1 HGB.

Die Bewertung der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere erfolgt gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. §§ 253 Abs. 1, 4 und 5 HGB sowie 255 Abs. 1 HGB nach dem strengen Niederstwertprinzip, sofern sie nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wurden gemäß 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (§§ 253 Abs. 1, 3 und 5 HGB sowie 255 Abs. 1 HGB) bewertet. Die Pensionskasse macht vom Wahlrecht gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB Gebrauch und schreibt Wertpapiere des Anlagevermögens auch bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung ab.

Die Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen werden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten zuzüglich der kumulierten Amortisation von Disagiabeträgen unter Anwendung der Effektivzinsmethode bilanziert. Die Bewertung erfolgt gemäß § 341b Abs. 1 Satz 2 i. V. m. §§ 341c und 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften.

Zugänge	Umbuchung Zugang + Abgang -	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
515				8.210	544.896
					32.075
125.000		61.180			1.494.767
530		1.218			8.953
35.000		15.000			559.500
		19.000			249.500
29.000		42.000			29.000
		5			7
189.529	0	138.403	0	0	2.341.728
190.044	0	138.403	0	8.210	2.918.699

Namensschuldverschreibungen werden gemäß § 341c Abs. 1 HGB zum Nennwert bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungswert und Nennwert werden abgegrenzt und planmäßig aufgelöst. Die Bewertung erfolgt gemäß § 341b Abs. 1 Satz 2 i. V. m. §§ 341c und 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften.

Die Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation von Agio- oder Disagioträgern bilanziert. Die Bewertung erfolgt gemäß § 341b Abs. 1 Satz 2 HGB i. V. m. mit §§ 341c HGB und 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit den Nominalwerten bilanziert.

Die Bewertung der anderen Kapitalanlagen erfolgt gemäß §§ 253 Abs. 1, 4 und 5 HGB sowie 255 Abs. 1 HGB mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Nettovermögenswert (strenges Niederstwertprinzip).

Fremdwährungspositionen werden zum Devisenkassakurs am Bilanzstichtag umgerechnet und werden in die Berechnung der Performance der Kapitalanlage miteinbezogen.

Die Bewertung der Forderungen erfolgt grundsätzlich zu Nominalwerten abzüglich erforderlicher Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Sachanlagen werden gemäß § 253 Abs. 1 HGB zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Die Nutzungsdauer für gewerblich genutzte Gebäude liegt bei 33 Jahren – bei Wohngebäuden zwischen 50 und 83 Jahren. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Wert bis zu 800 € netto ohne Umsatzsteuer werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und andere Vermögensgegenstände werden mit den Nominalwerten bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden gemäß § 250 Abs. 1 HGB in Höhe der Nennwerte bilanziert.

Die Deckungsrückstellung wurde entsprechend dem zuletzt am 01.12.2025, 04.01.2022 bzw. 20.12.2021 genehmigten technischen Geschäftsplan berechnet. Die Berechnungen erfolgten nach versicherungsmathematischen Grundsätzen durch den Verantwortlichen Aktuar der Pensionskasse, Herrn Dr. Thurnes.

Für Versicherungsverhältnisse in der Grundversorgung nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (1972) werden als biometrische Rechnungsgrundlagen modifizierte Richttafeln 1998 von Heubeck verwendet. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen wurden zuletzt in den Jahren 2016 bis 2018 zur Berücksichtigung der steigenden Lebenserwartung gestärkt. Der Rechnungszins beträgt für Anwärter 3,15 % und für laufende Renten aus der Grundversorgung 2,95 %.

Entsprechend dem Technischen Geschäftsplan AVB (1972) vom 23.06.2025, von der BaFin genehmigt am 01.12.2025, wurden zum 31.12.2025 die biometrischen Rechnungsgrundlagen modifizierte Richttafeln 2018 von Heubeck für die Bewertung der Höher- und Zulagenversicherung gemäß AVB (1972) angewendet. Der Rechnungszins wurde von bisher 4,00 % auf den Rechnungszins des Rentnerbestands der Grundversorgung nach den AVB (1972), d.h. 2,95 % abgesenkt.

Die Deckungsrückstellung für die Versicherungsverhältnisse nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (2005) wurde geschäftsplanmäßig mit modifizierten Richttafeln 1998 von Heubeck berechnet. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen wurden zuletzt in den Jahren 2016 bis 2018 zur Berücksichtigung der steigenden Lebenserwartung gestärkt. Der Rechnungszins beträgt 2,5 %.

Die Deckungsrückstellung für die Versicherungsverhältnisse nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (2013) wurde geschäftsplanmäßig mit modifizierten Richttafeln 1998 von Heubeck berechnet. Die Modifikationen führen zu gleichen Rechnungsgrundlagen für Männer und Frauen (Unisex-Deckungsrückstellung). Der Rechnungszins beträgt 1,75 %.

Die Deckungsrückstellung für die Versicherungsverhältnisse nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (2022) wurde geschäftsplanmäßig mit modifizierten Richttafeln 1998 von Heubeck berechnet. Die Modifikationen führen zu gleichen Rechnungsgrundlagen für Männer und Frauen (Unisex-Deckungsrückstellung). Der Rechnungszins beträgt 0,00 %.

Für die Tarife 2005, 2013 und 2022 wird innerhalb der Deckungsrückstellung eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet.

Die Bildung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt gemäß § 341g HGB und § 26 RechVersV.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wird in Höhe der verteilungsfähigen Nettoüberschüsse ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Eine Abzinsung der sonstigen Rückstellungen war nicht erforderlich, da sämtliche Rückstellungen eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr aufweisen.

Andere Verbindlichkeiten werden gemäß § 253 Abs. 1 HGB in Höhe des Erfüllungsbetrages ausgewiesen.

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, liegen nicht vor. Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestehen nicht.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden gemäß § 250 Abs. 2 HGB in Höhe der Nennwerte bilanziert.

Die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Funktionen werden durch Mitarbeitende des Trägerunternehmens, das auch einen überwiegenden Teil der Personal- und Sachkosten trägt, wahrgenommen.

ERLÄUTERUNGEN

zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2025

In die Überschussbeteiligung einzubeziehende Kapitalanlagen (Aktive A I. und III.)

	fortgeführte Anschaffungs- kosten €	Zeitwerte €	Bewertungs- reserven €	Kursherkunft
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	544.896.252,53	614.165.588,98	69.269.336,45	Pensionskasseneigene Immobilien-bewertung aus dem Geschäftsjahr 2025 (Ertragswertverfahren)
Zu Anschaffungskosten bilanzierte Kapitalanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	32.075.000,00	100.525.000,00	68.450.000,00	Pensionskasseneigene Immobilien-bewertung aus dem Geschäftsjahr 2025 (Ertragswertverfahren)
Aktienbasierte Investments	428.228.744,23	560.345.661,42	132.116.917,19	Nettovermögenswert der luxemburgischen SICAV
Investmentanteile	1.066.538.253,70	1.193.620.523,04	127.082.269,34	Kurse aus Depotauszug der BNP Paribas
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	8.953.155,69	7.818.442,25	-1.134.713,44	Kurse auf Basis der Zinsstrukturkurve Pfandbriefe
Schuldscheinforderungen und Darlehen	249.500.000,00	247.044.610,50	-2.455.389,50	Kurse aus Depotauszug der BNP Paribas
Andere Kapitalanlagen	7.500,00	7.500,00	0,00	NAV des Vorquartals bereinigt um cash-flows
Zwischensumme	2.330.198.906,15	2.723.527.326,19	393.328.420,04	
Zu Nennwerten bilanzierte Kapitalanlagen				
Namensschuldverschreibungen	559.500.000,00	536.700.289,00	-22.799.711,00	Kurse aus Depotauszug der BNP Paribas
Einlagen bei Kreditinstituten	29.000.000,00	29.000.000,00	0	Bewertung zum Anschaffungswert
Insgesamt	2.918.698.906,15	3.289.227.615,19	370.528.709,04	

Aktiva

Zu A I.:

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Rückgang in dieser Bilanzposition um rd. 7,7 Mio. € ist im Wesentlichen in der laufenden

AfA begründet. Die Pensionskasse hat keine eigengenutzten Grundstücke im Bestand.

Zu A II:

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Name	Sitz	Kapitalanteil %	Eigenkapital €	Ergebnis €
GSG GmbH	München	100	32.079,82	2.636,21
PK Wacker GSG II GmbH & Co. KG	München	100	32.050.000,00	1.413.277,21

Zu A III. 1:

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	Buchwert €	Zeitwert €	Differenz €	Ausschüttung €
Aktien an Investmentvermögen				
Private Equity Plus - A	325.720.546,36	427.394.705,76	101.674.159,40	20.000.000,00
Private Equity Plus - B	102.508.197,87	132.950.955,66	30.442.757,79	10.000.000,00
Investmentanteile				
Wertpapierspezialfonds WMB-Universal-Fonds	1.066.538.253,70	1.193.620.523,04	127.082.269,34	0,00
Summe	1.494.766.997,93	1.753.966.184,46	259.199.186,53	30.000.000,00

Die Pensionskasse hält zum Jahresabschluss mehr als 10 % der Anteile bzw. Aktien an den nachfolgenden Investmentvermögen:

Unter Aktien werden Investments in Private Equity und Private Debt über eine SICAV (Société d'investissement à capital variable) nach luxemburgischem Recht bilanziert.

Die Private Equity Plus ist eine Aktiengesellschaft nach luxemburgischen Recht (société anonyme) in der Form einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital strukturiert als alternativer reservierter Investmentfonds (société d'investissement à capital variable — fonds d'investissement alternatif réservé) im Sinne des Gesetzes von 2016. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

Die Gesellschaft ist als Umbrella-Fonds strukturiert, d. h. der Verwaltungsrat kann im Sinne

des Artikels 49 des Gesetzes von 2016 einen oder mehrere Teilfonds bilden.

Private Equity Plus - A investiert nach dem Grundsatz der Risikostreuung überwiegend in Private Equity Fonds, die ihrerseits überwiegend mittelbar oder unmittelbar in nicht börsennotierte Unternehmen investieren. Private Equity Plus - B investiert nach dem Grundsatz der Risikostreuung überwiegend in Private Debt Fonds, die ihrerseits überwiegend mittelbar oder unmittelbar in einzelne oder gebündelte nicht-börsennotierte Fremdkapitalinstrumente investieren.

Die Rücknahme der Aktien der Fonds ist grundsätzlich ausgeschlossen. Rücknahmegesuche können eingereicht werden; über deren Durchführung entscheidet der Verwaltungsrat der Gesellschaft. Der Rückkaufpreis entspricht dem letzten verfügbaren Nettoinventarwert pro

Anteil, gegebenenfalls angepasst um relevante Kapitalevents.

An dem Teilfonds Private Equity Plus - A werden zum 31.12.2025 2.546.897 Anteile gehalten. Der durchschnittliche Buchwert je Anteil beträgt 127,89 € (Vj. 125,95 €). An dem Teilfonds Private Equity Plus – B werden 943.115 Anteile gehalten. Der durchschnittliche Buchwert beträgt 108,69 € je Anteil (Vj. 103,49 €).

Abflüsse aus dem Investmentvermögen (insgesamt rd. 61,2 Mio. €) wurden in andere langfristige Kapitalanlagen investiert.

Zur Renditesteuierung wurden Ausschüttungen aus der luxemburgischen SICAV beauftragt, im Einzelnen 20,0 Mio. € für den Teilfonds Private Equity Plus - A und 10,0 Mio. € für den Teilfonds Private Equity Plus - B.

Bei den inländischen Investmentvermögen handelt es sich um einen gemischten Masterfonds mit diversen Segmentfonds. Aufgrund einer geplanten Veräußerung wurde im Jahr 2022 ein Teil dieses Assets in das Umlaufvermögen umgegliedert und wird nach den Vorschriften des Umlaufvermögens unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Der verbleibende Großteil des Masterfonds ist dem Anlagevermögen zugeordnet und

unterliegt somit dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Die Rücknahme der Anteile ist grundsätzlich jederzeit möglich. Die Universal-Investment-Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zum geltenden Rücknahmepreis zurückzunehmen. Die Gesellschaft kann die Rücknahme jedoch vorübergehend aussetzen, wenn außergewöhnliche Umstände dies im Interesse der Anleger erforderlich machen.

Zum Bilanzstichtag sind 13.950.684 Anteile mit einem durchschnittlichen Buchwert je Anteil von 76,45 € (Vj. 75,95 €) im Bestand. Der Kurs des Masterfonds wird durch die Depotbank auf Basis der enthaltenen Einzeltitel ermittelt.

Zu A III. 3: Sonstige Ausleihungen

Die Kurse der nicht notierten Schuldscheindarlehen und Namenspapiere werden nach der Barwertmethode bzw. gängigen mathematischen Modellen entsprechend den Vorgaben des § 56 RechVersV ermittelt.

Sonstige Ausleihungen			
	31.12.2025	31.12.2024	
a) Namensschuldverschreibungen			
Staaten des EWR	15.000.000,00 €	10.000.000,00 €	
Unternehmensdarlehen	91.500.000,00 €	81.500.000,00 €	
Geld- und Kreditinstitute	453.000.000,00 €	448.000.000,00 €	
Summe a)	559.500.000,00 €	539.500.000,00 €	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen			
Staaten des EWR	65.000.000,00 €	65.000.000,00 €	
Unternehmensdarlehen	23.500.000,00 €	23.500.000,00 €	
Geld- und Kreditinstitute	161.000.000,00 €	180.000.000,00 €	
Summe b)	249.500.000,00 €	268.500.000,00 €	
Summe der Sonstigen Ausleihungen	809.000.000,00 €	808.000.000,00 €	

Bei den nachstehend aufgeführten Kapitalanlagen unterschreitet der Zeitwert den Buchwert zum 31.12.2025:

Kapitalanlagen mit stillen Lasten			
Werte zum 31.12.2025	Buchwerte €	Zeitwerte €	Stille Lasten €
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	8.423.522,32 €	7.274.729,17 €	-1.148.793,15 €
Namensschuldverschreibungen	419.500.000,00 €	393.837.257,00 €	-25.662.743,00 €
Schuldscheinforderungen und Darlehen	159.000.000,00 €	148.978.922,00 €	-10.021.078,00 €
Summe nach § 285 Nr. 18 HGB	586.923.522,32 €	550.090.908,17 €	-36.832.614,15 €

Im Bestand der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen befinden sich Grundschuld Darlehen sowie in geringem Umfang Hypothekendarlehen. Die Darlehen wurden sowohl an Mitarbeitende des Trägerunternehmens bzw. der Unternehmensmitglieder als auch an externe Darlehensnehmer vergeben. Sämtliche Darlehen sind grundpfandrechtlich gesichert. Die Pensionskasse geht bei dieser Assetklasse von einer lediglich vorübergehenden Wertminderung aus.

Bei allen Emittenten festverzinslicher Wertpapiere wird ebenfalls von einer lediglich vorübergehenden Wertminderung ausgegangen. Es handelt sich hierbei um zinsinduzierte Änderungen und keine Bonitätsverschlechterungen. Die Pensionskasse beabsichtigt, die Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten, sodass die Rückzahlung zum Nennwert erfolgt.

Der Großteil der im Portfolio der Pensionskasse befindlichen Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen hat ein Investmentgrade Rating von zugelassenen Ratingagenturen.

zu A III. 5: Andere Kapitalanlagen

Für Investments im Bereich Private Equity wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Abschreibung gemäß § 253 Abs. 4 HGB vorgenommen (Vj. 376.147,59 €).

Zu D I.: Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Abgegrenzte Zinsen und Mieten		
	31.12.2025	31.12.2024
Namensschuldverschreibungen	6.477.581,15 €	5.802.974,19 €
Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.536.367,04 €	2.711.361,06 €
Einlagen bei Kreditinstituten	3.125,56 €	13.533,33 €
Summe zum 31. Dezember	9.017.073,75 €	8.527.868,58 €

Passiva

Zu A: Eigenkapital Verlustrücklage gem. § 193 VAG

Anfangsbestand	117.100.232,33 €
Zuführungen	2.549.861,24 €
Entnahmen	0,00 €
Endbestand	119.650.093,57 €

Zu B I.: Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung wurde nach den Berechnungsgrundsätzen des technischen Geschäftsplans, zuletzt genehmigt am 01.12.2025, 04.01.2022 bzw. 20.12.2021, berechnet.

Zu B III.: Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Bilanzposition hat sich im Berichtsjahr folgendermaßen entwickelt:

Anfangsbestand	3.469.212,78 €
Zuführungen	3.596.231,13 €
Entnahmen	3.469.212,78 €
Endbestand	3.596.231,13 €

Der Gesamtbetrag der RfB entfällt mit 2.073.536,70 € auf den Tarif 2005, mit 1.320.032,64 € auf den Tarif 2013 und mit 202.661,79 € auf den Tarif 2022. Es handelt sich hierbei um erfolgsabhängige Rückstellungen.

Für das Geschäftsjahr 2025 haben sich folgende verteilungsfähige Überschussbeteiligungen für die einzelnen Tarife ergeben:

Grundversorgung (1972):

Gem. dem im genehmigten Technischen Geschäftsplan bestimmten Finanzierungsverfahren entstehen bis auf Weiteres keine verteilungsfähigen Überschüsse.

Freiwillige Höherversicherung (1972):

Derzeit werden etwaige Überschüsse für die Rückführung der Tarifleihe der Grundversorgung (1972) für die Zinssenkung zum 31.12.2025 verwendet.

AVB 2005: 0,7017 %

AVB 2013: 1,1472 %

AVB 2022: 2,3540 %

Die verteilungsfähigen Überschüsse werden zur Erhöhung der Anwartschaften und der laufenden Renten um die genannten Prozentsätze verwendet. Auf die erhöhten Leistungen besteht Anspruch ab dem 01.01.2027.

Zu C I.: Sonstige Rückstellungen

Für ein Immobilienobjekt wurde eine Rückstellung für Mängelbeseitigung in Höhe von 1.250.000 € gebildet.

Zu D II.: Sonstige Verbindlichkeiten

Im Rahmen der Kaufpreiszahlung für ein im Jahr 2024 erworbenes Immobilienobjekt wurden Einbehalte gemäß Kaufvertrag i.H. von 3.936.263,56 € bilanziert. Es bestehen keine sonstigen Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Zu E: Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um den Restbetrag in Höhe von 570.094,12 € aus einer vorausbezahlten Firmenzuwendung des Trägerunternehmens, deren ursprüngliches Volumen 22.000.000,00 € betrug. Der Rechnungsabgrenzungsposten betrifft Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die erst nach diesem Zeitpunkt ertragswirksam werden (§ 250 Abs. 2 HGB).

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. 1: Verdiente Beiträge

Die verdienten Beiträge resultieren aus Einzelpensionsversicherungen:

Mitgliedsbeiträge, Tarif 1972	7.484.033,94 €
Mitgliedsbeiträge, Tarif 2005	3.989.763,23 €
Mitgliedsbeiträge, Tarif 2013	3.024.762,60 €
Mitgliedsbeiträge, Tarif 2022	147.068,51 €
Firmenbeiträge, Tarif 1972	29.936.135,76 €
Firmenbeiträge, Tarif 2005	3.909.596,57 €
Firmenbeiträge, Tarif 2013	2.990.749,58 €
Firmenbeiträge, Tarif 2022	137.897,37 €
Sonderzuwendung, Tarif 1972	0,00 €
Beitragszuschläge	81.288,87 €
PK+-Beiträge, Tarif 1972	1.711.319,48 €
PK+-Beiträge, Tarif 2005	3.909.911,26 €
PK+-Beiträge, Tarif 2013	3.290.331,98 €
PK+-Beiträge, Tarif 2022	512.697,30 €
Riester-Zulagen, Tarif 2005	196,47 €
Riester-Zulagen, Tarif 2013	2.296,76 €
Riester-Zulagen, Tarif 2022	1.216.229,09 €
Gesamtbeiträge	62.344.278,77 €

Zu I. 3a: Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge betragen 1.413.277,21 € (Vj. 1.509.053,83 €).

Nahestehende Unternehmen/Personen

Das Trägerunternehmen und die Unternehmensmitglieder werden in der Pensionskasse als nahestehende Unternehmen klassifiziert. Der Vorstand und die Aufsichtsratsmitglieder der Pensionskasse werden als nahestehende Personen klassifiziert. Sofern Geschäftsbeziehungen zu diesen nahestehenden Unternehmen/Personen bestehen, sind diese zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen.

Finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen nicht.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers (gem. § 285 Nr. 17 HGB)

Das Prüfungshonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2025 beträgt 84,2 T€ (ohne Reisekosten und Umsatzsteuer) und entfällt vollständig auf Abschlussprüfungsleistungen. Die Pensionskasse übernimmt für die Tarife (2005), (2013) und (2022) anteilige Kosten in Höhe von rund 21 T€. Der verbleibende Betrag wird vom Trägerunternehmen getragen.

Nachtragsbericht (gem. § 285 Nr. 33 HGB)

Die Auswirkungen des Kriegs im Nahen Osten auf die Kapitalmärkte können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht verlässlich eingeschätzt werden. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich daraus erhöhte Marktvolatilitäten oder Wertberichtigungsbedarf im Geschäftsjahr 2026 ergeben.

Weitere berichtspflichtige Ereignisse nach dem Ende des Geschäftsjahres lagen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht vor.

Verzicht auf die Einbeziehung
(gem. § 296 Abs. 2 HGB)

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung der Grundstücksgesellschaft PK Wacker GSG II GmbH und Co. KG und deren Komplementär-gesellschaft GSG GmbH für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse wird auf die Aufstellung eines Konzernab-schlusses verzichtet. Der in die Grundstücksgesellschaften eingelegte Grundbesitz beläuft sich auf 32,1 Mio. € und entspricht damit ledig-lich 1,1 % (Vj. 1,1 %) der gesamten Kapitalan-lagen. Die Gesellschaften dienen lediglich dem Halten von Immobilienwerten und nehmen nicht am aktiven Wirtschaftsverkehr mit Dritten teil. Weitere Tochtergesellschaften bestehen nicht.

Bezüge, Vorschüsse, Kredite und eingegan-gene Haftungsverhältnisse an Mitglieder der Organe

Auf die Angabe zu den Gesamtbezügen des Vorstandes nach § 285 Nr. 9a HGB wurde unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr keine Bezüge bezahlt.

Es bestehen Grundschuldforderungen gegen-über Mitgliedern des Vorstands, die zu den all-gemein gültigen Konditionen vergeben werden, in Höhe von insgesamt 5.022,12 €. (Tilgung 2025: 3.247,92 €).

Vorschüsse und Kredite an den Aufsichtsrat wurden nicht gewährt.

Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

ORGANE DER KASSE

Aufsichtsrat

Vom Trägerunternehmen benannte
Aufsichtsratsmitglieder

Aufsichtsratsvorsitzende

Angela Wörl
Mitglied des Vorstands
der Wacker Chemie AG

Aufsichtsratsmitglieder

Dr. Tobias Ohler
Mitglied des Vorstands
der Wacker Chemie AG

Torsten Bohn
Leiter Zentralbereich Finanzen
der Wacker Chemie AG

Dr. Maximilian Peter
Leiter Zentralbereich
Human Resources der Wacker Chemie AG
(bis 30. November 2025)

Maximilian d'Huc
Leiter Zentralbereich
Human Resources der Wacker Chemie AG
(ab 01. Dezember 2025)

Vom Konzernbetriebsrat benannte
Aufsichtsratsmitglieder

stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender

Göran Gust
Betriebsratsvorsitzender Werk Nünchritz
Wacker Chemie AG

Aufsichtsratsmitglieder

Mario Dietze
Betriebsratsvorsitzender Freiberg
Siltronic AG

Andreas Unterhuber
Betriebsrat Werk Burghausen
Wacker Chemie AG

Nicole Oberhardt
Betriebsratsvorsitzende
Hauptverwaltung München
Wacker Chemie AG

Vom Konzernsprecherausschuss der Leitenden
Angestellten benanntes Aufsichtsratsmitglied

Dr. Carsten Gaebert
Mitglied des Konzernsprecherausschusses der
leitenden Angestellten der Wacker Chemie AG

Vorstand

Vorstandsvorsitzender

Frank Reinhardt
Asset Management
Rechnungswesen / Controlling

Vorstandsmitglied

Eva Appel
Versicherungstechnik
Versicherungsgeschäft

Gemeinschaftlich verantwortlich: Risikomanagement und Personal

München, den 23. März 2026

Der Vorstand der Pensionskasse der Wacker Chemie
Versicherungsverein a. G.

Frank Reinhardt
Vorsitzender des Vorstands

Eva Appel
Vorstandsmitglied



Kassenämter

Verantwortlicher Aktuar

Dr. Georg Thurnes

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Treuhänder

Richard Matzinger

Stellvertreterin des
Treuhänders

Christine Peschel



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES

UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Pensionskasse der Wacker Chemie VVaG, München

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Pensionskasse der Wacker Chemie VVaG, München, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Pensionskasse der Wacker Chemie VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2025 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres

Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-,

Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Vereins zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche

Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Vereins bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten

können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Vereins.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, den 27. März 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Sandro Trischmann
Wirtschaftsprüfer

ppa. Jörg Brunner
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Im Berichtsjahr fanden insgesamt drei Aufsichtsratssitzungen statt. Dabei wurde der Aufsichtsrat durch den Vorstand laufend über die aktuellen Entwicklungen in der Pensionskasse informiert. Im Rahmen dieser Sitzungen wurde außerdem die Zustimmung des Aufsichtsrats zu allen wichtigen, über den normalen Geschäftsbetrieb hinausgehenden Vorstandsentscheidungen eingeholt. Damit hat der Aufsichtsrat seine laut Gesetz und Satzung vorgeschriebene Kontroll- und Überwachungsfunktion wahrgenommen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Jahr 2025 sind vom Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk mit Datum vom 27. März 2026 versehen worden. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht unter Hinzuziehung des Abschlussprüfers geprüft und erhebt nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Prüfungsergebnis der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft an. Der Aufsichtsrat billigt damit ohne Einwendungen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den für die Pensionskasse tätigen Mitarbeitenden für die im Geschäftsjahr 2025 geleistete Arbeit.

München, den 20. Mai 2026

Angela Wörl
Vorsitzende

Göran Gust
Stellvertretender
Vorsitzender

Torsten Bohn

Maximilian d'Huc

Mario Dietze

Dr. Carsten Gaebert

Nicole Oberhardt

Dr. Tobias Ohler

Andreas Unterhuber

